



---

*Plenarsitzungsdokument*

---

**A8-0412/2018**

28.11.2018

**\*\*\*I**  
**BERICHT**

über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds  
(COM(2018)0476 – C8-0268/2018 – 2018/0254(COD))

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Berichterstatter: Zdzisław Krasnodębski

Verfasser der Stellungnahme (\*):

David McAllister, Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

(\* ) Assoziierte Ausschüsse – Artikel 54 der Geschäftsordnung

## MINDERHEITENANSICHT

**Minderheitenansicht, eingereicht von den folgenden MdEP der GUE/NGL-Fraktion:  
*Neoklis Sylikiotis, Sabine Lösing, Sofia Sakorafa, Xabier Benito Ziluaga, Marisa Matias,  
Cornelia Ernst, Paloma López Bermejo, João Ferreira, João Pimenta Lopes und Miguel Viegas***

In dem Bericht wird Stellung zugunsten einer weiteren Militarisierung der EU und der Mitgliedstaaten bezogen. Ein Rüstungswettlauf wird gefördert, und trotz der Wirtschaftskrisen und der Auswirkungen auf die Umwelt werden Unternehmen durch Anregung von Investitionen in die Verteidigungsforschung und militärische Forschung sowie die Entwicklung von Ausrüstungen und Waffen subventioniert. Der Bericht widerspricht Artikel 41 Absatz 2 EUV, dem zufolge Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen nicht zulasten des Haushalts der Union gehen dürfen. In dem Bericht wird auch die Zusammenarbeit der EU mit der NATO befürwortet.

Wir lehnen den Bericht ab, weil

die EU damit zu einem globalen Akteur im militärischen Bereich aufgerüstet wird,

er dazu dient, den Verteidigungssektor und den militärisch-industriellen Komplex zu subventionieren, und wahrscheinlich verstärkte Rüstungsexporte die Folge sein werden,

damit die zivile Politik militarisiert wird und Industrie und Wettbewerbsfähigkeit als Vorwand dafür genutzt werden, die Verteidigungsfähigkeiten der EU im Rahmen der GSVP/GASP weiter zu entwickeln,

darin ein Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit unterstützt wird.

Wir fordern, dass

auf EU-Ebene und globaler Ebene eine radikale Abrüstung angestrebt und

aus dem EU-Haushalt keine Militärausgaben finanziert werden und Artikel 41 Absatz 2 EUV eng ausgelegt wird,

öffentliche Mittel zur Förderung hochwertiger Arbeitsplätze, der Reindustrialisierung und der KMU eingesetzt werden,

die Förderung ziviler Forschung und Entwicklung den Menschen und ihren Bedürfnissen dient,

die Garantie besteht, dass alle Maßnahmen ausnahmslos im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht stehen,

rein zivile friedliche Lösungen für Konflikte und die Trennung ziviler und militärischer Maßnahmen angestrebt werden,

die Trennung der EU und der NATO erreicht wird.